

## **Weniger Hände und Köpfe; Der Bevölkerungsverlust drückt auf das Wirtschaftswachstum**

Die Bevölkerung in Deutschland wird in den kommenden Jahrzehnten schrumpfen. Nach einer konservativen Prognose des Statistischen Bundesamtes sinkt die Bevölkerungszahl von heute gut 82 Millionen auf 75 Millionen im Jahr 2050. Sieben Millionen weniger - das ist die heutige Bevölkerung von Niedersachsen. Schon in zwölf Jahren beginnt der Abstieg vom Bevölkerungsgipfel. Zugleich werden die Deutschen älter. Die Zahl der Geburten reicht nicht, um die Bevölkerungszahl zu erhalten. Ab 2015 drängen die geburtenstarken Jahrgänge der "Babyboomer" in die Rente. Mit der Vergreisung der Bevölkerung sinkt das Erwerbspersonenpotential weit mehr als die Bevölkerung. Die Zahl der Erwerbspersonen wird von heute 40 Millionen bis 2050 auf 30 Millionen fallen.

Aus ökonomischer Sicht ist zunehmender Wohlstand in einer schrumpfenden Wirtschaft aber nicht gesichert. Es stimmt zwar: Mit sinkender Bevölkerungszahl werden Wohnungspreise nachgeben, Land wird billiger, Arbeit wird teurer, und Überfüllungskosten werden sinken. Gesamtwirtschaftlich wird aber auch viel Produktionskapital entwertet, wenn Landstriche entsiedelt und Anlagen und Infrastruktur stillgelegt werden. Die geringere Zahl der Menschen läßt Vorteile der Bevölkerungsdichte kleiner werden. Mit der Vergreisung der Bevölkerung sinkt die Zahl an jüngeren Köpfen, die häufig zu den innovativsten zählen. Wie wenig attraktiv eine Volkswirtschaft mit einem Potentialwachstum unter ein Prozent etwa für Investoren und Anleger wäre, läßt sich unschwer vorstellen - zumal aufstrebende und "junge" Volkswirtschaften um das knappe Kapital konkurrieren. Solche dynamischen Effekte des Wachstums sind in den Berechnungen von Ökonomen in der Regel nicht enthalten; sie lassen sich seriös kaum beziffern.

In wirtschaftlicher Sicht ausgleichen läßt sich der Verlust an Arbeitskraft direkt durch mehr Geburten, eine höhere Zuwanderung, längere Wochen- oder Lebensarbeitszeiten, mehr Frauenarbeit. Das erfordert von der Politik, die Arbeitsmärkte zu liberalisieren und den Trend zur Frühverrentung und zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit umzukehren. Beweglichere Arbeits- und Gütermärkte würden es auch erleichtern, die alterungsbedingten Verschiebungen von Konsum und Produktion zu bewältigen. Nach einer überschlägigen Rechnung des Ökonomen Axel Börsch-Supan müssen mindestens 15 Prozent der Arbeitsplätze in andere Sektoren umgeschichtet werden, weil ältere Bürger beispielsweise mehr Gesundheitsdienste und weniger Verkehrsleistungen beanspruchen.

Den vollständigen Artikel finden Sie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 07.08.2003